

Naturschutz

BUND: Laut Gutachten überwiegen die Kosten beim B10-Ausbau

Mainz · Befürworter halten den Ausbau der Bundesstraße 10 für ein wichtiges Infrastrukturprojekt. Naturschützer kritisieren das Vorhaben jedoch - und legen nun eine „fachgutachterliche Stellungnahme“ vor.

09.04.2024 , 13:20 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



Viel zu teuer und deutlich zu groß: Das ist aus Sicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Rheinland-Pfalz das Ergebnis eines Gutachtens zur geplanten Bundesstraße 10 im Pfälzerwald. Die Organisation stellte das selbst in Auftrag gegebene Papier einer Fachagentur aus Marburg am Dienstag in Mainz vor. Demnach kam die Agentur zur Einschätzung, dass der Ausbau des Projekts B10 zwischen Hinterweidenthal und Landau „nicht bauwürdig“ sei, da die Kosten den Nutzen übersteigen würden.

Naturschützer kritisieren das Projekt seit Langem. Der vierspurige Ausbau würde die B10 faktisch zu einer Autobahn mit internationalem Transitverkehr machen, kritisiert etwa die BUND-Landesvorsitzende Sabine Yacoub. Eine Zerschneidung der Landschaft müsse vermieden werden. Die Bürgerinitiative Queichtal, die das Gutachten mit in Auftrag gegeben hatte, führt auch topografische Gründe gegen den Ausbau an: Die Kerbtäler im Pfälzerwald seien ungeeignet. Die Landesregierung hält an dem Projekt fest.

Der B10-Ausbau zwischen Landau und Pirmasens gilt als ein Großprojekt. In mehreren Abschnitten soll die insgesamt 54 Kilometer lange Trasse verbreitert werden. Das Stück von Hinterweidenthal bis Pirmasens ist bereits vierspurig. Der Bundesrechnungshof hatte vor Kurzem in einem Bericht nahegelegt, dass der geplante Ausbau zwischen Hinterweidenthal und Landau wohl teurer und der Nutzen geringer werde.

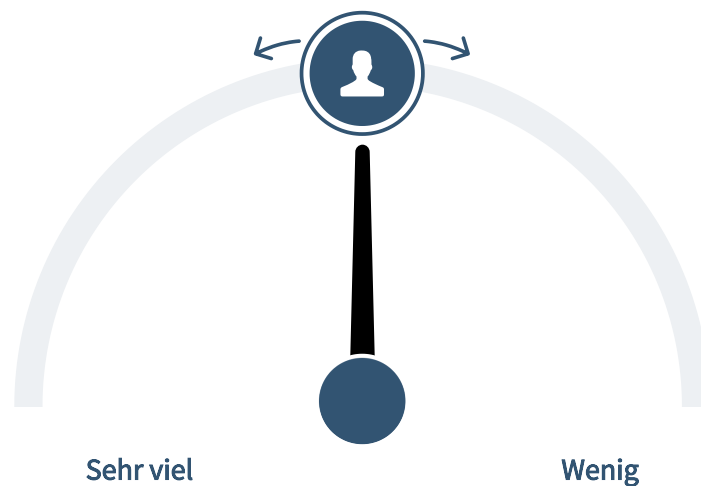
Dazu heißt es in der nun vom BUND vorgelegten „fachgutachterlichen Stellungnahme zum Bericht des Bundesrechnungshofs zum vierstreifigen Ausbau der B10 zwischen AS B427/Hinterweidenthal – B48 Wellbachtal und AS Godramstein“, insgesamt hätten sich die Kosten für die fünf Abschnitte des Gesamtprojekts nach Berechnungen der Fachagentur mehr als

verdoppelt: von 370 Millionen Euro (2015) auf 765,7 Millionen Euro (2023).

Mit weiteren Kostensteigerungen sei zu rechnen. Zudem gehe der Bundesverkehrswegeplan 2030 von einem wesentlich höheren Verkehrsaufkommen mit Lastwagen aus als die Prognose der Fachagentur. „Wir haben das Gutachten in Auftrag gegeben, weil der Bundesrechnungshof sehr deutlich gesagt hat, dass eine Neubetrachtung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses erforderlich ist und das Wirtschaftsministerium sich weigert, dies zu tun“, sagte die BUND-Landesvorsitzende Yacoub in Mainz.

LIVE ABSTIMMUNG ● 407 MAL ABGESTIMMT

Was halten Sie vom neuen Cannabis-Gesetz?



volksfreund

OPINARY 

(dpa)